

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	5
Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung	29
I. Die Fragestellung	29
II. Gang der Untersuchung	32
1. Kapitel: Die Verantwortlichkeit des Erben vor der Annahme der Erbschaft - eine Übersicht der möglichen Anspruchsgrundlagen und Untersuchung der dogmatischen Grundlagen	38
I. Die Rechtsstellung des vorläufigen Erben im Verhältnis zu den Nachlaßgläubigern: die Haftung des vorläufigen Erben für während der Schwebezeit mit Dritten abgeschlossene Geschäfte im Überblick	39
II. Die Rechtslage nach der Ausschlagung der Erbschaft - die Verantwortlichkeit des vorläufigen gegenüber dem endgültigen Erben	41
1. Die Rückwirkungsfiktion des § 1953 I, II BGB	41
2. Die Rechtsnatur der Verweisung des § 1959 I BGB	42
a) Die gesetzestehnischen Mittel der Verweisungen	42
b) Der vorläufige Erbe und der Geschäftsführer - die unterschiedlichen Strukturen	43
c) Auswirkungen der entsprechenden Anwendung der §§ 677 ff. BGB	49
d) Das Regelungssystem der §§ 677 ff. BGB und die Möglichkeit der Anwendung konkurrierender Normensysteme	50
aa) Ansprüche des endgültigen gegenüber dem vorläufigen Erben gemäß den §§ 1959 I, 677 ff. BGB	50
bb) Gegenansprüche des vorläufigen Erben gemäß den §§ 1959 I, 677 ff. BGB	60
3. Normenkonkurrenzen	64
a) Die Frage der konkurrierenden Anwendbarkeit der §§ 2018 ff. BGB	64
b) Zur Frage der Anwendbarkeit des Besitzschutzanspruches nach § 861 BGB	67
c) Der Herausgabeanspruch nach § 985 BGB und die Nebenansprüche der §§ 987 ff. und § 1007 BGB - zur Frage der parallelen Anwendbarkeit der Normen	69

d) Zur Frage der gleichzeitigen Anwendbarkeit deliktischer Ansprüche	80
e) Die Problematik einer parallelen Anwendbarkeit bereicherungsrechtlicher Vorschriften	82
aa) Ansprüche des endgültigen gegenüber dem vorläufigen Erben	83
bb) Gegenansprüche des vorläufigen Erben	88
2. Kapitel: Die Haftung des Alleinerben nach der Annahme der Erbschaft im Falle der späteren Haftungsbeschränkung	92
I. Die Verwaltungshandlungen des Erben nach der Annahme der Erbschaft - die Befriedigung von Gläubigerforderungen und die weitere Behandlung des Nachlasses durch den Erben	92
II. Die Haftung des Alleinerben für Nachlaßverbindlichkeiten: ein Überblick	95
1. Das erbrechtliche Haftungssystem des Bürgerlichen Gesetzbuches	95
2. Die Gründe für die Entstehung von Nachlaßverbindlichkeiten und ihre Auswirkungen auf die Haftung des Erben mit dem Nachlaß oder dem Eigenvermögen	99
a) Die Erblasserschulden	99
b) Die Erbfallschulden	100
c) Die Nachlaßerbenschulden	101
III. Die Haftung des Erben für nicht auf die Leistung von Geld gerichtete Verbindlichkeiten	105
IV. Die unbeschränkte handelsrechtliche Haftung des Erben	106
V. Die Haftung des Erben für Gesellschaftsschulden im Falle der Rechtsnachfolge in eine Personenhandelsgesellschaft	111
VI. Weitere ausgewählte Haftungstatbestände im Überblick: die Behandlung der Verbindlichkeiten aus Mietverhältnissen sowie aufgrund von Sozialleistungen und Steuerschulden	114
VII. Der Erbenschutz nach der Annahme der Erbschaft - Instrumentarien zur Gläubigerabwehr ohne Absonderungswirkung	115
1. Die Schonungseinreden der §§ 2014, 2015 BGB - vorübergehende Abwehr von Gläubigerzugriffen auf das Eigenvermögen des Erben	115
2. Die Dürftigkeitseinreden gemäß § 1990 BGB und die Überschwerungseinrede nach § 1992 BGB als Mittel der Gläubigerabwehr	121

3. Das Aufgebotsverfahren und die außerordentliche Einrede der Haftungsbeschränkung nach § 1973 BGB gegenüber ausgeschlossenen Gläubigern	132
4. Die Versäumungseinrede gemäß § 1974 BGB	137
VIII. Die Mittel zur Abwehr von Gläubigerzugriffen auf das Eigenvermögen des Erben durch Maßnahmen der Absonderung von Nachlaß und Eigenvermögen: Nachlaßkonkurs, Nachlaßverwaltung und Nachlaßvergleich	140
1. Gemeinsamkeiten und charakteristische Unterscheidungen der mit einer Separierung von Nachlaß und Eigenvermögen verbundenen Haftungsbeschränkungsmittel	140
2. Der Nachlaßkonkurs	143
3. Das Nachlaßvergleichsverfahren	148
4. Die wichtigsten Neuregelungen nach dem Inkrafttreten der Insolvenzordnung zum 01.01.1999	150
5. Die Nachlaßverwaltung	153
6. Die Auswirkungen der nachträglichen Absonderung von Nachlaß und Eigenvermögen durch den Einsatz von Mitteln der Haftungsbeschränkung	157
IX. Die Rechte der Nachlaßgläubiger nach der Annahme der Erbschaft.	161
1. Die Inventarerrichtung durch den Erben auf Antrag der Nachlaßgläubiger	161
2. Das Recht der Nachlaßgläubiger zur Herbeiführung einer Fremdverwaltung des Nachlasses durch Wahrnehmung des Antragsrechtes auf Anordnung der Nachlaßverwaltung	168
3. Antragsrechte verschiedener Nachlaßgläubigergruppen in Ansehung der Eröffnung eines Nachlaßkonkursverfahrens	171
4. Die Prozeßführung von Nachlaßgläubigern nach der Annahme der Erbschaft durch den Alleinerben bei eigenständiger Verwaltung des Nachlasses durch den Erben und im Falle der Testamentsvollstreckung sowie der Fremdverwaltung des Nachlasses	171
5. Die Vollstreckung in den Nachlaß durch die Nachlaßgläubiger nach der Erbschaftsannahme	175
X. Pflichten des Erben zur Einleitung von Maßnahmen der Haftungsbeschränkung	179
XI. Die Haftung des Erben gegenüber den Nachlaßgläubigern für die bisherige Verwaltung des Nachlasses nach der Absonderung von Nachlaß und Eigenvermögen	183
1. Die Grundnorm des § 1978 BGB	184

a)	Der Zeitpunkt der Annahme als Unterscheidungskriterium für die Anwendung von Auftragsrecht oder der Regelungen über die Geschäftsführung ohne Auftrag	184
b)	Der Rechtscharakter der Verweisungen - die entsprechende Anwendung der §§ 662 ff. oder der §§ 677 ff. BGB	184
c)	Unterschiedliche Pflichtigkeiten des Erben: die Differenzierung zwischen der zeitlichen Phase vor und nach der Erbschaftsannahme	185
d)	Die Zugehörigkeit der Ersatzansprüche wegen Schlechtverwaltung zum Nachlaß gemäß § 1978 II BGB ..	186
e)	Die entsprechende Anwendung der §§ 662 ff. BGB oder der §§ 677 ff. BGB und die hieraus folgenden Anspruchsziele	187
(1)	Ausschluß der nur für Rechtsgeschäfte passenden Normen	187
(2)	Auskunftserteilung und Rechnungslegung sowie der Zwang zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung	187
(3)	Die Herausgabepflichten des Erben - zur Herausgabe von Nutzungen und der fraglichen Anwendung einzelner Regelungen über die dingliche Surrogation - die Konstruktion der Surrogation kraft dem Geschäftspartner erkennbaren Willens	188
(4)	Schadensersatzansprüche wegen Schlechtverwaltung des Nachlasses	192
(5)	Die Haftung des Erben für in die Nachlaßverwaltung eingeschaltete Dritte	193
(6)	Mögliche Ansprüche gegen den Erben wegen der Duldung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen Dritter in den Nachlaß oder der ungünstigen Verwertung von Nachlaßgegenständen in Zwangsversteigerungsverfahren im Kurzüberblick - Verfü- gungen des Erben als Nichtberechtigter und Konvaleszenz - zur möglichen Anwendbarkeit von Bereicherungsrecht bei der Verwendung von Nachlaßmitteln für eigene Zwecke und zur parallelen Haftung des Erben auf Schadensersatz	194
(7)	Die Verschuldensfrage im Kurzüberblick	196
(8)	Einführender Überblick zur Frage der Anwendbarkeit weiterer Anspruchsgrundlagen im Hinblick auf die Haftung des Erben für die Nachlaßverwaltung	196
2.	Die Sonderregelung des § 1979 BGB	197
a)	Der Regelungszweck des § 1979 BGB	197
b)	Die Voraussetzungen für die Erhaltung der Gutgläubigkeit des Erben	198
aa)	Die Sichtweise der herrschenden Meinung	198
bb)	Der eigene Standpunkt	198
(1)	Die Ermittlungstätigkeit	198

(2) Das Wechselspiel zwischen den dem Erben aufzuerlegenden Sorgfaltsanforderungen und der Berücksichtigung der Gesamtumstände	200
(3) Zur Frage der Sorgfaltsanforderungen und der zeitlichen Erstreckung des Dauerschuldverhältnisses der Nachlaßverwaltung - die Berücksichtigungsfähigkeit gesetzlich markierter Zeitpunkte und Zeitphasen für eine differenzierende Bewertung der von dem Erben zu übenden Sorgfalt	202
(4) Prüfungspflicht und Beratungshilfe - zur Notwendigkeit der Vorlage von Belegen oder sonstigen Mitteln der Glaubhaftmachung einer Forderung	205
c) Der Sonderfall des mit einem rechtskräftigen Titel versehenen Nachlaßgläubigers - die Verpflichtung des Erben zur Überprüfung der titulierten Forderung	206
aa) Die Problembehandlung durch die herrschende Meinung	206
bb) Die eigene Position	206
d) Die Gleichstellung von Fahrlässigkeit und positiver Kenntnis - die Wertung des § 1980 BGB - zur Behandlung der zurückgesetzten Gläubiger	208
e) Die Abhängigkeit der Rechtsfolgen des § 1979 BGB von der Einhaltung der Sorgfaltsanforderungen	208
XII. Die Rechte des Erben gegenüber dem Nachlaß	209
1. Aufwendungen des Erben vor der Annahme der Erbschaft	209
2. Die Behandlung der nach der Erbschaftsannahme getätigten Aufwendungen	210
3. Aufwendungseratzanspruch und Zurückbehaltungsrecht im Konkursverfahren, Vergleichsverfahren und während der Nachlaßverwaltung - zur Frage der Aufrechenbarkeit des Aufwendungseratzanspruchs und zur Umwandlung der Hypothek in eine Eigentümergrundschuld	210
4. Der Befreiungsanspruch des Erben wegen der Eingehung von Verbindlichkeiten und die Behandlung weiterer Erbenrechte und Forderungen im Konkurs und im Nachlaßverfahren	211
3. Kapitel: Allgemeine Verhaltensanforderungen an den Alleinerben im Rahmen der Verwaltung der Erbschaft unter besonderer Berücksichtigung seiner Pflichtenstellung im Falle der Überschuldung des Nachlasses	213
I. Verhaltensanforderungen im unmittelbaren Anschluß an den Erbfall	213
II. Die Abwehr von Vollstreckungsmaßnahmen der Eigengläubiger ..	214

Inhaltsverzeichnis

III.	Nachlaßbezogene Ermittlungen - die Einschaltung von Fachleuten und die Beachtung von Fristen und Präklusionstatbeständen	214
IV.	Von dem Erben zu beachtende Besonderheiten der handelsrechtlichen und der gesellschaftsrechtlichen Haftung	215
V.	Zur Notwendigkeit der Erhebung der aufschiebenden Einrede nach § 2014 BGB und der Abwehr von das Sicherungsinteresse überschreitenden Maßnahmen von Nachlaßgläubigern	216
VI.	Das Aufgebotsverfahren und die Erhebung der Aufgebotseinrede - die Ausschlußeinrede und die Verschwiegeeinrede	217
VII.	Die ordnungsgemäße Verwaltung des Nachlaßbestandes	218
VIII.	Die Orientierung an vorgeschriebenen Rangordnungen bei der Befriedigung von Nachlaßverbindlichkeiten	219
IX.	Zur Inventarerrichtung: Vollständigkeit der Angaben und Einhaltung gesetzter Inventarfristen	219
X.	Die Beantragung der Nachlaßverwaltung	220
XI.	Die Erhebung der Einreden nach den §§ 1990, 1992 BGB	220
XII.	Die Beantragung der Einleitung eines Nachlaßkonkurs- oder Vergleichsverfahrens - die Erfüllung der Verpflichtungen aus § 1978 I BGB	221
4.	Kapitel: Verfassungsrechtliche Pflichten des Erben und § 1978 I BGB	223
I.	Die Fragestellung	223
II.	Die Konfliktlage zwischen der Eigentümerstellung des Erben und der rückwirkenden Einstufung als Fremdverwalter	224
III.	Die Ausgangssituation in der zivilrechtlichen Betrachtung	224
1.	Eigentumsbegriff und Nutzungsbefugnisse	224
2.	Der Eigentumsbegriff und die Verpflichtung zur Leistung von Schadensersatz	226
IV.	Der verfassungsrechtliche Ansatz	227
1.	Die Vereinbarkeit einer umfassenden Verpflichtung zur Herausgabe von Nutzungen und zur Leistung von Schadensersatz mit der Eigentumsfreiheit	227
2.	Die Wahrung des allgemeinen Gleichheitssatzes nach Art. 3 I GG	233

3. Die Verpflichtung zur Herausgabe von Nutzungen und zur Leistung von Schadensersatz im Verhältnis zur Garantie des Erbrechts	235
4. Das Ergebnis der verfassungsrechtlichen Prüfung	236
5. Kapitel: Pflichten des Erben zur Herausgabe von Nutzungen im Falle einer späteren Haftungsbeschränkung	237
I. Die Fragestellung	237
II. Die Nutzung von Familienwohnheimen	239
1. Die Qualität der Nutzungen	239
2. Zur konkurrierenden Anwendbarkeit bereicherungsrechtlicher und deliktsrechtlicher Vorschriften	240
a) Die bereicherungsrechtliche Problematik - Anspruchs-voraussetzungen und Anspruchsinhalt	241
aa) Nichtleistungskonditionen - die Eingriffskondition	241
bb) Analoge Anwendung der §§ 818 ff. BGB - der Entreicherungs-einwand des § 818 III BGB, Luxusaufwendungen und Saldierung	243
cc) Berücksichtigung des individuellen Nutzens?	246
dd) Eingreifen der Vorschriften über die verschärzte Haftung? Kein objektiver Mangel eines Rechtsgrundes iSd. Bereicherungs-rechts	247
ee) Ergebnis: keine konkurrierende Anwendbarkeit bereicherungs-rechtlicher Vorschriften	249
b) Zur Frage deliktischen Nutzungsersatzes wegen seitens des Erben gezogener Nutzungen	249
3. Konkrete Wertbemessung des Nutzungsherausgabeanspruchs bei der Eigennutzung des Wohnhauses durch den Erben - zur Berücksichtigung des vormaligen privaten Lebensstandards ...	251
4. Weitere Fallgestaltungen: Abhängigkeit des Umfanges der Herausgabeverpflichtung von der Höhe des erzielten Mietzinses?	254
5. Aufwendungen des Erben	256
III. Die Verantwortlichkeit des Erben hinsichtlich der Nutzungen eines aus dem Nachlaß stammenden Personenkraftfahrzeuges	259
1. Zur Herausgabepflicht von vor der Annahme der Erbschaft gezogenen Nutzungen an dem PKW	260
2. Die Begründung der Haltereigenschaft als maßgeblicher Anfangstermin für die Entstehung von Nutzungsherausgabe-ansprüchen wegen der Nutzung von Personenkraftwagen	261

3. Berechnungsmaßstäbe für die Höhe des zu leistenden Wertersatzes	262
a) Mietpreise gewerblicher Autovermieter: kein brauchbarer Maßstab	262
b) Anwendung von Tabellenwerken: die Tabelle zum Nutzungsausfall von Sanden/Danner/Küppersbusch	263
aa) Ausscheidung der Kostenpositionen gewerblicher Vermieter	263
bb) Besonderheiten dieser Tabelle und Möglichkeiten der Anpassung an die spezielle Verpflichtung zur Herausgabe von Nutzungen durch den Erben?	263
cc) Konkrete Bestimmung der gezogenen Nutzungen	265
(1) Zur Frage der angemessenen Kapitalverzinsung als Nutzungsfaktor	265
(2) Aufwendungsersparnis aufgrund fehlenden Verschleißes eines weiteren Fahrzeuges des Erben - das Nachlaßfahrzeug als Grundlage für die Ermittlung der Höhe des Verschleißes	267
(3) Abschreibungsbedingter Wertverlust als Bestimmungsfaktor für den Umfang der gezogenen Nutzung	268
(4) Ergebnis: Notwendigkeit der konkreten Feststellung gezogener Nutzungen	270
6. Kapitel: Schadensersatzansprüche der Nachlaßgläubiger gegen den Erben wegen einer unwirtschaftlichen Vermögensverwaltung	271
I. Die Problemstellung im Überblick	271
II. Die Qualität der Verwaltungshandlung - zur Abgrenzung von Tun und Unterlassen im Bereich der vertraglichen, vorvertraglichen und außervertraglichen Haftung des Erben	274
III. Die Verantwortlichkeit des Erben im Umgang mit dem Nachlaß - Verpflichtung oder Obliegenheit?	277
1. Die Verweisung des § 1978 I BGB	277
2. Zum Meinungsstreit über den Charakter des dem Erben auferlegten Gebots zur Verwaltung des Nachlasses	278
a) Ältere Ansichten: keine Verwaltungspflicht des Erben	278
b) Stellungnahme	279
aa) Der strukturelle Unterschied zwischen Rechtspflicht und Obliegenheit	279
bb) Keine Einklagbarkeit der Verwaltungspflicht des Erben	282
cc) Die Verpflichtung zur Leistung von Schadensersatz als entscheidendes Kriterium für die Einstufung als Rechtspflicht	283

IV.	Die Anspruchsgrundlage für Schadensersatzansprüche der Nachlaßgläubiger gegenüber dem Erben: positive Forderungsverletzung in Verbindung mit Auftragsrecht oder den Regelungen betreffend den auftragslosen Geschäftsführer	284
1.	Die vollständige Anspruchsgrundlage	284
2.	Das gesetzliche Schuldverhältnis zwischen dem Erben und den Nachlaßgläubigern - Interpretationsfreiheiten im Rahmen haftungsbegründender Voraussetzungen der positiven Forderungsverletzung	286
3.	Die Pflicht zur Verwaltung des Nachlasses - Hauptpflicht oder Nebenpflicht?	287
4.	Isolierte Betrachtung der einzelnen Verwaltungsmaßnahmen oder Gesamtschau?	291
5.	Verwaltungspflicht und Beurteilungsspielraum des Erben	295
V.	Zur Frage des Verschuldens - Objektiver und subjektiver Sorgfaltsmäßigstab. Zur Frage des maßgeblichen Verkehrskreises ...	296
1.	Die Verschuldenshaftung des Erben bei Verstößen gegen Verwalterpflichten	296
2.	Verpflichtung zur Leistung von Schadensersatz bei vorsätzlichen Verstößen gegen Verwalterpflichten	300
3.	Die Fahrlässigkeitsproblematik	301
a)	Zur Frage der Geltung eines objektiven oder subjektiven Sorgfaltsmäßigstabes im allgemeinen Zivilrecht und im Arbeitsrecht - Regeln und Ausnahmen	302
aa)	Allgemeines Zivilrecht	302
bb)	Besondere Grundsätze der Arbeitnehmerhaftung im Arbeitsrecht	305
b)	Zur Kritik der im allgemeinen Zivilrecht und im Arbeitsrecht vertretenen Auffassungen sowie zur Übertragbarkeit der jeweiligen Wertungen auf die von dem Erben zu handhabende Sorgfalt im Umgang mit dem Nachlaß	308
aa)	Stellungnahme zu den für den Bereich des BGB vertretenen Auffassungen zum Sorgfaltsmäßigstab	309
bb)	Besonderheiten des Arbeitsverhältnisses und subjektiver Sorgfaltsmäßigstab	313
c)	Die besondere Situation des Erben: Ausnahme von der Maßgeblichkeit des objektiven Sorgfaltsmäßigstabes?	314
aa)	Erwägungen zu den anerkannten Ausnahmen von rein objektiven Sorgfaltskriterien: geringes und hohes Lebensalter, Behinderung	315
bb)	Der subjektive Fahrlässigkeitsmäßigstab des Arbeitsrechts und seine Übertragbarkeit auf die Erbenhaftung	317

Inhaltsverzeichnis

cc) Anwendbarkeit des subjektiven Sorgfaltsmäßigkeitsmaßstabes aufgrund von Risikoverteilungserwägungen?	320
(1) Die Regelung des § 276 I 2 BGB als zentraler Haftungsmaßstab	321
(2) Die Auslegung des § 276 I 2 BGB als Entscheidungsbasis für einen objektiven oder subjektiven Haftungsmaßstab	322
(3) Verfassungskonforme Auslegung des § 276 I 2 BGB - Haftung und allgemeine Handlungsfreiheit im Spannungsverhältnis - die Verhältnismäßigkeit der Regelung	324
dd) Zwischenergebnis: Beibehaltung des objektiven Sorgfaltsmäßigkeitsmaßstabes	327
ee) Die Regelungen der §§ 1979, 1980 BGB als Auslegungshilfe? ...	328
ff) Zur Bestimmung des als Vergleichsgruppe dienenden Verkehrskreises - der Fremdverwalter als Vergleichsperson?	328
gg) Die Gruppe der Erben als Verkehrskreis - der wirtschaftlich denkende Erbe als Angehöriger einer Bezugsgruppe und die funktionale Verkehrskreisbestimmung nach der Art des getätigten nachlaßbezogenen Geschäfts	331
d) Die Haftungsbeschränkung auf die eigenübliche Sorgfalt oder auf grobe Fahrlässigkeit als allgemeiner Risikobegrenzungsgedanke?	334
aa) Die Auswirkungen einer an dem subjektivierten Maßstab der diligencia quam in suis orientierten Bestimmung des Sorgfaltsmäßigkeitsmaßstabes	334
bb) Auftragsrecht und Haftungsbeschränkung - der Meinungsstand zur Möglichkeit einer Analogiebildung	336
cc) Zur Bedeutung des Meinungsstreits für Haftungsabmilderungen des Erben	338
(1) Die Stellungnahmen der Literatur zur spezifischen Problematik einer Anwendung der Haftungseingrenzung auf die eigenübliche Sorgfalt bei der Nachlaßverwaltung durch den Erben	339
(2) Die Notwendigkeit einer Analyse der Interessenlagen für die Entscheidung über die analoge Anwendung der haftungsbeschränkenden Grundsätze und Regelungen	339
(3) Die dogmatischen Voraussetzungen der Analogiebildung	341
(4) Haftungsbeschränkung auf das Maß grober Fahrlässigkeit?	344
VI. Weitere Anspruchsgrundlagen aus dem schadensersatzrechtlichen Bereich	345
1. Ansprüche aus dem Bereich der Geschäftsführung ohne Auftrag	345
2. Schadensersatz nach den Grundsätzen des Eigentümer-Besitzer-Verhältnisses	346
3. Deliktische Schadensersatzansprüche	346
4. Allgemeine Geltung des objektiven Sorgfaltsmäßigkeitsmaßstabes - zum Schutze des Erben	348

7. Kapitel: Der ordnungsgemäße Umgang des Erben mit Nachlaßgegenständen am Beispiel des Kaufvertrages als typischem Umsatzgeschäft	349
I. Die tatsächliche Situation: die dynamische Entwicklung des Nachlaßbestandes	349
II. Der Kaufvertrag als Anwendungsbeispiel für die den Erben als Verkäufer oder Käufer treffenden Pflichten und die von ihm zu wahrnehmenden Sorgfaltsanforderungen im Rahmen der Nachlaßverwaltung	349
1. Die Veräußerung eines Nachlaßgegenstandes am Beispiel eines Nachlaßfahrzeuges bei einer Unterschreitung des gewöhnlichen Verkehrswertes	350
a) Pflichtwidrigkeit und Beurteilungsspielraum des Erben - zur Frage einer Informationsverschaffungspflicht	350
b) Einzelfallbetrachtung und Sorgfaltswidrigkeit	352
2. Das Spannungsverhältnis zwischen der Schadensersatzpflichtigkeit und der Nutzungsbefugnis des Erben	353
3. Die Versäumung der Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen und von Gestaltungsrechten durch den Erben als Käufer	355
8. Kapitel: Die Hinnahme von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen ..	360
I. Der bereicherungsrechtliche Anspruch auf Rückgewähr des dem gepfändeten Nachlaßgegenstand entsprechenden Vermögenswertes zum Nachlaß im Falle der Hinnahme von Vollstreckungsmaßnahmen durch den Erben	361
1. Die Behandlung dieser Problematik in der Literatur	361
2. Die Schwierigkeit der dogmatischen Begründung für die Herleitung einer kondiktionsrechtlichen Anspruchsgrundlage	362
3. § 816 I 1 BGB als Anspruchsgrundlage ?	363
4. Die anerkannten Fallgruppen bei § 812 I 1 2. Fall BGB	365
5. Weitere Lösungsmöglichkeiten: Entwicklung einer eigenständigen Art der Bereicherung in sonstiger Weise oder einer Analogie zu § 816 I 1 BGB	366
a) Zur Frage der analogen Anwendbarkeit des § 816 I 1 BGB im einzelnen	367
b) Der Lösungsansatz über § 812 I 1 2. Fall BGB	369
6. Analoge Anwendung des § 812 I 1 2. Fall BGB	370

7.	Der Sonderfall der Dürftigkeitseinrede - analoge Anwendung des § 784 II ZPO oder bloße Haftung des Erben nach § 1978 BGB in Verbindung mit Bereicherungsrecht?	374
II.	Schadensersatzansprüche der Nachlaßgläubiger wegen der Duldung von Vollstreckungsmaßnahmen durch den Erben	376
1.	Die positive Forderungsverletzung	376
a)	Pflichtigkeit des Erben und Wegfall des Beurteilungsspielraums	376
b)	Zur Frage des Verschuldens	377
c)	Ergebnis	377
2.	§ 826 BGB als Anspruchsgrundlage?	378
3.	Parallele Anwendbarkeit der bereicherungsrechtlichen Anspruchsgrundlage und der positiven Forderungsverletzung .	379
9.	Kapitel: Die Verwaltungspflichten des Erben im Hinblick auf Altkredite	380
I.	Der Übergang der Rückzahlungsverpflichtungen aus Darlehen auf den Erben und seine verbraucherschutzrechtliche Dimension - zur Bedeutung der Lösungsmöglichkeit aus übergegangenen Verpflichtungen	380
II.	Der Einfluß des Todes des Erblassers auf den Bestand der Darlehensverhältnisse	384
1.	Die rechtliche Einordnung der übergegangenen Kreditverpflichtungen - Darlehensvertrag und Dauerschuldverhältnis	384
2.	Die Anwendbarkeit der Grundsätze über die Auflösung von Dauerschuldverhältnissen in der Situation des Erben - zur Frage der außerordentlichen Kündigung der Darlehensverträge	386
a)	Die grundsätzliche Auflösbarkeit aller Schuldverhältnisse	386
b)	Der wissenschaftliche Diskussionsstand über den Einfluß des Erbfalls auf die Auflösbarkeit des Dauerschuldverhältnisses durch den Erben	387
c)	Stellungnahme	390
d)	Zur Übertragbarkeit der Gründe für die Auflösbarkeit von Dauerschuldverhältnissen im Todesfall auf Darlehenskonstellationen - weitere Auflösungsgründe: Unmöglichkeit, Wegfall der Geschäftsgrundlage	391

III.	Rechtliche Möglichkeiten für den Erben zur ordentlichen Kündigung von Darlehensverträgen	394
1.	Zur Kündbarkeit von auf der Basis eines Kontokorrentverhältnisses geführter Girokonten sowie von Kontokorrentkrediten	394
2.	Die Kündbarkeit von Ratenkrediten	395
3.	Zur Frage der Kündbarkeit von Realkrediten	397
IV.	Die ordnungsgemäße Wirtschaftsführung und nachlaßbezogene Vermögensentscheidungen des Erben	398
1.	Das Verhältnis zwischen planender Gesamtschau und einzelnen vermögensbezogenen Entscheidungen	398
2.	Die Einschaltung von Expertenwissen	399
V.	Die Pflicht des Erben zur Ablösung von Krediten mit ungünstigen Konditionen	400
1.	Zur Frage der Verpflichtung des Erben zum Einsatz von Eigenmitteln zum Zwecke der Verminderung bestehender Darlehensverpflichtungen	401
2.	Pflichten des Erben zur Rückführung oder Umschuldung von Krediten im Falle des Vorhandenseins von Nachlaßmitteln	402
a)	Bindende Reihenfolge bei der Rückführung oder Umschuldung von Krediten aufgrund eines allgemeinen Rechtsgrundsatzes nach den §§ 366 II, 367 BGB, 11 III 1 VerbrKrG?	402
b)	Die Behandlung der einzelnen Kredite	404
aa)	Überziehungskredite und Dispositionskredite	404
bb)	Kontokorrentkredite	405
cc)	Ratenkredite	405
dd)	Grundpfandkredite	407
(1)	Begriffsbestimmungen	407
(2)	Das Verhältnis zwischen der lebzeitigen Mitverpflichtung des nunmehrigen Erben zu der übergegangenen Verpflichtung aus Grundpfandkrediten	408
(3)	Die Auswirkungen eines notleidenden Grundpfandkredites auf die Verwertbarkeit des Nachlasses und das Eigenvermögen des Erben	410
(4)	Der ordnungsgemäße Umgang des Erben mit den verschiedenen Arten von Grundpfandkrediten	411
VI.	Die Verpflichtung des Erben zum Marktvergleich	412
1.	Die Bedeutung des Marktvergleiches auf dem Kreditmarkt	412
2.	Die Wertigkeit und Zumutbarkeit der Gewinnung eines Marktüberblicks für den Erben	414

VII.	Regreßpflichtigkeit des Erben aufgrund der Vernachlässigung der Pflichten zum ordnungsgemäßen Umgang mit Krediten	416
10. Kapitel:	Die Prozeßführung des Konkursverwalters gegen den Erben - die Problematik der Parteistellung und der prozessualen Kostenlast	417
I.	Der Übergang der Prozeßführungsbefugnis auf den Konkursverwalter	417
II.	Die prozessuale Problematik des Zweiparteienprinzips und ihre Umsetzung bei einer Prozeßführung zwischen Konkursverwalter und Erben	419
III.	Die rechtliche Stellung des Konkursverwalters im Nachlaßkonkurs	421
1.	Der Theorienstreit	421
a)	Die Amtstheorie	422
b)	Die Vertretertheorie	422
c)	Die neue Vertretertheorie	423
d)	Die Theorie vom objektbezogenen Handeln	424
e)	Die Organtheorie	425
2.	Zur Entscheidung des Meinungsstreits	425
a)	Zur Ablehnung der Vertretertheorien	425
b)	Zur Theorie vom objektbezogenen Handeln	426
c)	Die Organtheorie und die Frage der rechtlichen Selbständigkeit des Nachlasses	427
aa)	Zur Bedeutung einer eigenen Rechtssubjektivität der Masse und des Nachlasses	427
bb)	Die Argumentation der Organtheorie	427
cc)	Die Gegenargumente der herrschenden Ansicht	428
dd)	Stellungnahme	429
d)	Zur Frage einer besonderen rechtlichen Ausgestaltung des Nachlasses	430
3.	Ergebnis	432
IV.	Die prozessuale Kostenlast und die Haftungsfrage	432
	Literaturverzeichnis	436
	Stichwortverzeichnis	455